Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 22.07.2020 im Großen Saal des
Bürgerhauses Neuer Markt, Bühl, Europaplatz,

Sitzungsdauer: 18:05 Uhr bis 19:55 Uhr

Anwesend sind:

Vorsitzender

Oberbürgermeister Hubert Schnurr

Gremiumsmitglied

Stadträtin Barbara Becker
Stadtrat Christian Böckeler
Stadträtin Dr. Margret Burget-Behm
Stadtrat Johannes van Daalen
Stadtrat Prof. Dr. Karl Ehinger
Stadtrat Franz Fallert
Stadtrat Georg Feuerer
Stadtrat Daniel Fritz
Stadträtin Beate Gässler
Stadtrat Timo Gretz
Stadtrat Peter Hirn
Stadtrat Lutz Jäckel
Stadtrat Hans-Jürgen Jacobs
Stadtrat Ludwig Löschner
Stadtrat Ulrich Nagel
Stadtrat Prof. Dr. Johannes Moosheimer
Stadtrat Georg Schultheiß
Stadtrat Walter Seifermann
Stadtrat Peter Teichmann
Stadtrat Thomas Wäldele
Stadträtin Dr. Claudia Wendenburg
Stadtrat Jörg Woytal
Stadtrat Norbert Zeller
Stadträtin Yvonne Zick

Ortsvorsteher

Ortsverwaltung Weitenung, Daniel Fritz
Ortsverwaltung Neusatz,
Hans-Wilhelm Juchem
Ortsverwaltung Altschweier, Manfred Müller
Ortsverwaltung Vimbuch, Manuel Royal

Verwaltung

Erster Beigeordneter, Wolfgang Jokerst
Bürgerservice-Recht-Zentrale Dienste,
Martin Bürkle
Bildung-Kultur-Generationen, Klaus Dürk
Stadtentwicklung, Bauen, Immobilien,
Wolfgang Eller
Wirtschafts- und Strukturförderung/Baurecht,

Corina Bergmaier
Finanzen-Beteiligungen-Liegenschaften,
Jörg Zimmer
Pressesprecher, Matthias Buschert
Finanzen-Beteiligungen-Liegenschaften,
Thomas Bauer
Rechts- und Ausländerwesen,
Elisabeth Beerens
Zentrale Dienste, Reinhard Renner
Breitband und Klimaschutz, Markus Benkeser
Revision, Petra Ewert
Stadtplanung, Ulrike Kiewitt bis 19:20 Uhr anwesend
Tiefbau-Bauhof-Grünflächen,
Wolfgang Schuchter
Stadtentwicklung, Barbara Thévenot bis 19:20 Uhr anwesend
Liegenschaften, Bernd Übelin

Gäste Herr Ehlgötz, Geschäftsführer Technologiere-
gion Karlsruhe; zu TOP 3 anwesend

Zuhörer/innen 14

Pressevertreter 4

Entschuldigt fehlen:

Gremiumsmitglied
Stadtrat Bernd Broß
Stadtrat Peter Schmidt

Tagesordnung

1. Bürgerfragestunde
2. Ehrung für langjährige Mitgliedschaft im Gemeinderat
3. TechnologieRegion Karlsruhe GmbH | RegioWIN 2030
4. Bebauungsplan „Seniorenzentrum Neusatzeck“ in Bühl-Neusatz;
a) Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange
b) Entwurfsbilligung mit geändertem Geltungsbereich und Offenlagebeschluss
5. Überarbeitete Planung Regiomove – PORT
6. Bauplatzvergabe – Richtlinien mit Vergabekriterien zum Verkauf von Wohnbauplätzen
7. Verkaufsbedingungen für städtische Wohnbaugrundstücke im Baugebiet „Feuerwehrrätehaus“ in Bühl-Balzhofen
8. Erschließung Baugebiet „Rittersbachstraße“ in Bühl;
- Vergabe der Straßenbau- und Kanalisationsarbeiten
9. Brückensanierung 2020;
- Vergabe der Brückenbauarbeiten Bauwerke 75, 132, 182
10. Zuschüsse an sporttreibende Vereine im Jahr 2020
11. Annahme von Spenden und Zuwendungen an die Stadt Bühl von April bis Juni 2020
12. Berichte und Anfragen

Oberbürgermeister Schnurr eröffnet die Sitzung und stellt die entschuldigten Mitglieder sowie die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates fest.

TOP 1: Bürgerfragestunde

Von den anwesenden Bürgerinnen und Bürgern werden keine Fragen an die Verwaltung gestellt.

TOP 2: Ehrung für langjährige Mitgliedschaft im Gemeinderat

In seinen ehrenden Worten geht Oberbürgermeister Schnurr auf die 20-jährige Tätigkeit von Stadtrat Löschner im Gemeinderat der Stadt Bühl ein. Er benennt auch die weiteren Gremien und Ausschüsse, in denen Stadtrat Löschner ehrenamtlich tätig ist. Jeweils nach Verlesen überreicht er sowohl die Ehrenurkunde der Stadt Bühl als auch die Ehrenurkunde des Städtetages Baden-Württemberg. Darüber hinaus überreicht er das in den Urkunden genannte Verdienstabzeichen in Silber des Städtetages Baden-Württemberg, einen Geschenkkorb mit gesunden Produkten sowie für Frau Löschner einen Blumenstrauß.

In seinen Dankesworten betont Stadtrat Löschner, dass er sich eigentlich nicht der politischen Laufbahn verschrieben hatte und nun doch schon insgesamt 20 Jahre Gemeinderatsmitglied ist. Er nennt dafür zwei Punkte, zum einen ist die Demokratie ein hohes Gut, um das andere kämpfen müssen. Sie kann jedoch nur leben, wenn sich Leute daran beteiligen. Als zweiter Punkt nennt er seine Naturverbundenheit und die bereits frühe Erkenntnis, wie verwundbar die Erde ist und wie sehr an allen Ecken und Enden mit ihr Raubbau getrieben wird. Deshalb hat er sich entschlossen, selbst mitzuhelfen, dass der Planet Erde bewohnbar bleibt. Natürlich sind die Einwirkungsmöglichkeiten darauf im Gemeinderat relativ begrenzt, doch auch hier kann man sicherlich etwas tun. Er nimmt nicht für sich in Anspruch, großartiges geleistet zu haben, sondern äußert sich in seiner bescheidenen Art dahingehend, dass er sich zumindest bemüht hat, in diesen beiden Bereichen etwas zu leisten. Er betont auch, dass man als Gemeinderat in vielen Fällen der Verwaltung vertrauen muss, dass sie jeweils das Beste für die Stadt vorschlägt. Unter nochmaligem Applaus aller Anwesenden bedankt er sich abschließend für die Auszeichnung und die Glückwünsche.

Auch Stadtrat Seifermann dankt Stadtrat Löschner für seine langjährige Gemeinderats-tätigkeit und bezeichnet ihn als Vorbild in ökologischem Handeln und Leben. Er hebt auch die bescheidene Lebensart von Stadtrat Löschner hervor und bezeichnet ihn deshalb in dieser Hinsicht als Vorbild. Mit einem kleinen Weinpräsent bedankt er sich für die bisherige Zusammenarbeit und freut sich auf die weitere Zusammenarbeit in den nächsten Jahren im Gemeinderat.

TOP 3: TechnologieRegion Karlsruhe GmbH | RegioWIN 2030

Nach einleitenden Worten geht Herr Ehlgötz, Geschäftsführer Technologieregion Karlsruhe, in seiner Präsentation auf die Entwicklung der Technologieregion Karlsruhe ein und stellt danach das Projekt „RegioWIN“ vor, welches seiner Meinung nach auch für die Stadt Bühl eine Bereicherung sein wird. Anschließend geht er noch auf Fragen und Äußerungen der Gemeinderatsmitglieder ein. Es kommt ausschließlich Zustimmung zu seinem Vortrag sowie auch zur vorgesehenen Antragsstellung zum Ausdruck.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Vorbereitung der Antragsstellung zu.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (25 Ja-Stimmen)

TOP 4: Bebauungsplan „Seniorenzentrum Neusatzeck“ in Bühl-Neusatz;

a) Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange

b) Entwurfsbilligung mit geändertem Geltungsbereich und Offenlagebeschluss

Oberbürgermeister Schnurr weist darauf hin, dass der Technische Ausschuss am vergangenen Montag diesen Tagesordnungspunkt vorberaten und mit 8 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen dem Gemeinderat zur Beschlussfassung empfohlen hat. Die dort von Stadtrat Fallert vorgebrachten Änderungswünsche werden protokolliert und dem Offenlageentwurf hinzugefügt, sodass sie im weiteren Verfahren als Anregung zu werten sind. Letztlich entscheidet darüber der Gemeinderat nach entsprechender Abwägung beim Satzungsbeschluss. Auch bei der gestrigen Ortschaftsratssitzung wurde der Beschlussvorschlag mehrheitlich mit 7 Ja-Stimmen bei 1 Gegenstimme und 2 Enthaltungen angenommen. Auch dort gab es mit 9 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung die klare Aussage, die Anregungen von Stadtrat Fallert im weiteren Verfahren zu berücksichtigen.

Stadtrat Fallert geht nochmals auf die jüngere Geschichte in dieser Angelegenheit ein und erklärt, dass er als Demokrat die getroffene Entscheidung respektiert. Er betont jedoch, dass der Bebauungsplanentwurf einige gravierende Abweichungen zum Konzept hat. Unabhängig von der Zusicherung des Oberbürgermeisters am Montag im Technischen Ausschuss beantragt er jetzt, dass diese Punkte noch vor der Offenlage in den Entwurf eingearbeitet werden, da es sich im Wesentlichen nur um textliche Ergänzungen handelt. Man möchte, dass es festgeschrieben wird und es hinterher keine bösen Überraschungen gibt. Er nennt die einzelnen Punkte nochmals ausdrücklich:

Anpassung des Grünflächenplans auf die aktuelle Planung.

Ausweisung der Freifläche südlich von SO3 als private Grünfläche.

Die Gebäudehöhen von SO 1 und SO 3 werden auf die ursprünglichen Höhenangaben wie in der Präsentation vom 27.05.2020 festgesetzt. Die Sicherheitshöhe von 50 cm wird im Bebauungsplan gestrichen.

Die Erhöhung um 1,5m der max. Bauhöhe, in Verbindung mit Solarenergie, wird gestrichen, da ohnehin nur Indachanlagen zulässig sind.

Die Holzfassaden an SO1 und SO3 müssen festgeschrieben werden. Putzfassaden sind nur an SO2 zulässig.

Im SO3 sind nur Wohnungen zum betreuten Wohnen zulässig, keine sonstigen Wohnungen. Alle Stützmauern sind mit Findlingen oder Gabionenwänden auszuführen, reine Betonstützmauern sind nicht zulässig.

Das Gebäude SO3 soll 5 m von der Straßenkante verschoben werden.

Oberbürgermeister Schnurr sagt zwar zu, dass er über diesen Antrag abstimmen lassen wird, dass aber diese Vorgehensweise nicht dem üblichen Verfahren entspricht. Zur Einarbeitung dieser Punkte ist eine fachtechnische Prüfung erforderlich, die man erst nach der Offenlage machen kann. Jetzt auf die Schnelle ist dies nicht machbar. Er wiederholt deshalb nochmals seinen Vorschlag, die Punkte aufzunehmen und den Bebauungsplan zu überarbeiten, sodass Stadtrat Fallert beim Satzungsbeschluss entscheiden kann, ob er sich wiederfindet oder nicht.

Stadtrat Prof. Dr. Ehinger ist wie Stadtrat Fallert der Meinung, dass die meisten seiner Vorschläge durchaus auch jetzt schon einfach umsetzbar sind.

Oberbürgermeister Schnurr erwidert, dass dies schon auch der Architekt prüfen muss, der das Gebäude geplant hat.

Stadtrat Feuerer ist der Meinung, dass durchaus der eine oder andere Punkt geprüft werden sollte, man ist zum Beispiel auch für die Verschiebung des Gebäudes weg von der Straße.

Auch wenn man manche Punkte tatsächlich schnell festschreiben könnte, hält er es für in Ordnung, dass darüber dann beim Satzungsbeschluss befunden wird. Man legt jedoch Wert darauf, dass die Punkte dann dort auch wirklich nochmals behandelt werden.

Oberbürgermeister Schnurr sagt dies zu und betont nochmals, dass diese Punkte auch in die Unterlagen zur Offenlage mit einfließen. Die entsprechenden Festsetzungen erfolgen dann zum Satzungsbeschluss.

Ortsvorsteher Juchem betont, dass der Ortschaftsrat Neusatz das Projekt weiterhin konstruktiv-kritisch begleiten wird und letztlich möchte, dass es ein erfolgreiches Projekt wird.

Oberbürgermeister Schnurr bedankt sich für die Unterstützung und betont, dass sich der Ortschaftsrat auch bisher konstruktiv eingebracht hat. Ohne dessen Anregungen hätte man das Projekt nicht in diese Form gebracht. Er versichert nochmals abschließend, dass die Dinge, die machbar sind, zum Satzungsbeschluss in den Festsetzungen sowohl im textlichen als auch im zeichnerischen Teil berücksichtigt werden.

Über den Antrag von Stadtrat Fallert, die von ihm genannten Punkte jetzt schon festzusetzen, wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen, 8 Stimmenthaltungen

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Beschluss:

- a) Der Gemeinderat beschließt die Stellungnahmen der Verwaltung zu den vorgebrachten Stellungnahmen unter Abwägung öffentlicher und privater Belange.
- b) Der Gemeinderat beschließt den geänderten Geltungsbereich und den Bebauungsplanentwurf mit textlichen Festsetzungen, Örtlichen Bauvorschriften und Begründung einschließlich Umweltbericht und Fachbeitrag Artenschutz vom 13. Juli 2020 zu billigen und die Verwaltung zu beauftragen, die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in Form einer Offenlage durchzuführen sowie die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB zu hören.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 11 Stimmenthaltungen

TOP 5: Überarbeitete Planung Regiomove – PORT

Oberbürgermeister Schnurr geht auf die Vorlage ein.

Frau Thévenot, Stadtentwicklung, stellt die aktuellen Planungen vor.

Anschließend gehen sie und Oberbürgermeister Schnurr auf verschiedene Äußerungen der Gemeinderatsmitglieder ein.

Oberbürgermeister Schnurr erklärt abschließend, dass die in der Diskussion gemachten Hinweise in den folgenden Beschluss einfließen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die vorgestellte Planung mit der Maßgabe, dass im Bereich der Unterführung ein weiterer Hinweis angebracht wird und dass hinsichtlich der Kurzzeitparkplätze das Prinzip der senkrechten Parkierung eingehalten wird.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (25 Ja-Stimmen)

TOP 6: Bauplatzvergabe – Richtlinien mit Vergabekriterien zum Verkauf von Wohnbauplätzen

Oberbürgermeister Schnurr erklärt eingangs, dass die Vergabekriterien aufgrund der Anregungen von Stadtrat Nagel nochmals kritisch überarbeitet wurden.

So wurde jeweils die Vertragsstrafe bei der Nichtveräußerung von vorhandenen Immobilien oder bebaubaren Grundstücken und bei Nichteinhaltung der Forderung zur Eigennutzung für eine Dauer von mindestens fünf Jahren gestrichen. Dafür solle ein Wiedervorkaufsrecht für die Stadt vertraglich vereinbart werden. Die Frist für die Fertigstellung der Bebauung wurde von zwei auf drei Jahre erweitert.

Stadtrat Nagel erklärt, dass diese neuen Richtlinien die alten ersetzen werden und für lange Zeit Grundlage der städtischen Bauplatzvergaben sein werden. Er betont, dass Bauplätze in Bühl ein rares Gut sind, entsprechend hoch ist auch die Nachfrage aus der Bevölkerung. Annähernd 500 Personen haben sich seit Freischaltung der entsprechenden Website registrieren lassen. Bei jedem neuen Baugebiet stehen also einer begrenzten Anzahl von Bauplätzen eine Vielzahl von Bewerbern gegenüber. Die Auswahl muss gerecht sein, d.h. es darf keine Ungleichbehandlung erfolgen, und es sollen auch soziale Kriterien gewichtet werden. Es muss aber auch europäisches Recht berücksichtigt werden, insbesondere die Freizügigkeit für Arbeitnehmer und die Niederlassungsfreiheit. Eine unionsrechtswidrige Diskriminierung ist nur erlaubt, wenn es einen zwingenden Grund gibt. Laut dem europäischen Gerichtshof kann die Absicht, ein ausreichendes Wohnangebot für einkommensschwache Personen oder andere benachteiligte Gruppen der örtlichen Bevölkerung sicherzustellen, einen solchen zwingenden Grund darstellen. Die neuen städtischen Kriterien sind transparent und weitgehend nachvollziehbar. Weitgehend nur deshalb, weil beim Vergabekriterium Kinder und Altersstruktur ausgeführt wird, dass man bei drei Kindern zwischen null und drei Jahren 420 Punkte bekommen soll, in der gesamten Kategorie aber nur insgesamt 300 Punkte bekommen kann. Dies muss seiner Meinung nach berichtigt werden. Soziale Kriterien sind insoweit gewichtet, dass Kinder überhaupt und die Anzahl berücksichtigt werden, auch der Umstand der Pflege und Behinderung gibt zu Recht Zusatzpunkte. Der SPD-Fraktion fehlt aber im Sozialbereich gänzlich die Gewichtung des Haushaltseinkommens der Bewerber. Er weist darauf hin, dass die Stadt ihre Bauplätze kostendeckend vergibt, d.h. man will und darf die Bauplätze nicht subventionieren. Die Stadt soll und darf auch nicht Preistreiber auf dem Immobilienmarkt sein. Damit liegen die städtischen Baupreise in der Regel unterhalb der marktüblichen Preise, was wohl auch u.a. eine Erklärung für die hohe Nachfrage ist. Es gibt sicherlich Teile der Bevölkerung, die über genügend Mittel verfügen, sich ein Grundstück auf dem allgemeinen Immobilienplatz zu besorgen. Es gibt aber sicherlich auch eine große Anzahl von Bürgern, die überhaupt nur bauen können, wenn sie ein städtisches Baugrundstück erwerben können. Für diese Gruppen z.B. Familien, die nur ein Einkommen unterhalb des Durchschnittes in Baden-Württemberg erzielen, möchte die SPD-Fraktion auch Vergabepunkte zuerkennen, damit sie im Wettbewerb mit überdurchschnittlichen Einkommensbeziehern einen Punktevorteil haben. Dieses durchschnittliche Jahresbruttoeinkommen liegt bei ungefähr 65.000 Euro. Er stellt deshalb im Namen der SPD-Fraktion den Antrag, als weiteres soziales Vergabekriterium in den Katalog aufzunehmen, dass ein Bewerber aus einem Haushalt mit einem Einkommen unterhalb des jährlichen Haushaltsnettoeinkommens in Baden-Württemberg 300 Punkte bekommt. Berücksichtigt hinsichtlich dieses Einkommens werden die beiden letzten Jahre. Damit soll ein Bewerbervorteil für Familien mit geringerem Einkommen geschaffen werden. Oftmals müssen solche Familien bauen, weil die Miete immer höher wird. Sie können sich jedoch auf dem freien Markt keinen Bauplatz leisten. Dieses zusätzliche Vergabekriterium ist europarechtskonform, wenn nicht sogar notwendig. Man befindet sich mit diesen Kriterien ja nicht in einem normalen Vergabeverfahren, sondern durchaus in sogenannten „Einheimischen-Modell“. Europarechtlich bedarf es deshalb gewichtiger sozialer Argumente und Vergabekriterien, um nicht in die Gefahr der Diskriminierung zu laufen.

Ein solches zusätzliches Kriterium kann durchaus in die Immobilienplattform „Baupilot“ eingepflegt werden. Die benötigten Einkommensnachweise werden ohnehin abgerufen, um die Finanzierungsmöglichkeiten des Bewerbers abzuklären, insoweit dürfte der Aufwand nicht wesentlich höher sein.

Frau Beerens, Rechts- und Ausländerwesen, erwidert, dass man auch bei bisherigen Vergabekriterien keinen Einkommensnachweis hatte und damit jahrzehntelang gut gefahren ist. Es waren auch immer faire Vergaben, so dass es aus Sicht der Verwaltung, keinen Grund gibt, dieses Modell jetzt grundsätzlich zu ändern. Sie betont, dass dieses „Ulmer Vergabemodell“ ausdrücklich das Einkommen und das Vermögen außen vor lässt, u.a. weil das eine sehr umfangreiche Prüfung sein kann. Dabei geht es auch darum, die gemachten Angaben hinterher zu verifizieren. Bei dem Vorschlag von Stadtrat Nagel geht es jetzt nur um das Einkommen, nicht um das Vermögen, was grundsätzlich auch nicht gerecht ist.

Herr Bauer, Finanzen-Beteiligungen-Liegenschaften, ergänzt ihre Ausführungen dahingehend, dass man hinsichtlich der Einkommensnachweise überlegt hat, dass diese immer nur eine Momentaufnahme darstellen. Besondere Ereignisse, wie z.B. in diesem Jahr Corona, finden dann keine Berücksichtigung. Hinsichtlich des Vermögens hat man keine Möglichkeit der Prüfung, ob diese Angaben auch wirklich stimmen.

Stadtrat Prof. Dr. Ehinger äußert Sympathien für den Antrag von Stadtrat Nagel, ist jedoch der Meinung, dass auch das Vermögen berücksichtigt werden sollte. Er geht auf einzelne Kriterien ein. Insgesamt halten die Freien Wähler die Kriterien für ausgewogen, transparent und gerecht. Auch die Plattform hält man für sehr hilfreich. Abschließend sichert er die Zustimmung der FW-Fraktion zum Beschlussvorschlag zu.

Auch Stadtrat Seifermann zeigt sich froh, dass das alte Modell durch dieses Neue „Ulmer Vergabemodell“ abgelöst wird, welches klar und transparent ist. Er spricht sich ebenfalls für den Antrag der SPD-Fraktion aus, auch noch einen Einkommenscheck zu machen, so dass Leute, die weniger verdienen, quasi Bonuspunkte bekommen.

In ähnlicher Weise äußert sich auch Stadtrat Feuerer, der ebenfalls Sympathien für die Anregung von Stadtrat Nagel äußert. Er denkt, dass der dafür erforderliche Aufwand gerechtfertigt ist.

Stadtrat Jäckel erklärt dagegen, dass die FDP-Fraktion diese Einkommensoffenlegung ablehnt. Hier besteht die Gefahr, dass ein Leistungsträger diskriminiert werden könnte. Man begrüßt also die Vorlage in der jetzigen Form und stimmt auch der Auffassung zu, dass dieses Ulmer Modell sehr transparent ist.

Frau Beerens, Rechts- und Ausländerwesen, erklärt, dass das Ulmer Vergabemodell eigentlich genau bedeutet, dass die Einkommens- und Vermögensverhältnisse nicht geprüft werden. Die Einkommensverhältnisse kann man sich zwar nachweisen lassen, aber bei den Vermögensverhältnissen ist man auf die Ehrlichkeit der Betroffenen angewiesen. Dieses hundertprozentige Vertrauen in alle Bewerber ist so nicht da, weshalb es zu Ungerechtigkeiten kommen wird. Sollte dann jemand nachweisen, dass hier eine Ungerechtigkeit besteht, ist dieses ganze Verfahren rechtlich angreifbar. Damit muss man rechnen, weshalb man die Einkommens- und Vermögensverhältnisse nicht berücksichtigen sollte.

Stadtrat Fritz schließt sich den Äußerungen von Frau Beerens hinsichtlich des Vermögensnachweises an. Auch er spricht sich gegen diese zusätzlichen Kriterien aus.

Stadtrat Nagel betont, dass es nicht um eine Vermögensüberprüfung geht, sondern um das durchschnittliche Jahreseinkommen.

Stadtrat Prof. Dr. Moosheimer findet es zwar grundsätzlich gut, die Einkommensverhältnisse zu berücksichtigen, fragt sich aber, wie rechtssicher das dann ist. Es ist sicherlich schwierig, wenn man dann z.B. einen abgeschlossenen Vertrag wieder rückabwickeln muss.

Auf seine entsprechende Nachfrage antwortet Herr Bauer, dass es Sinn der Sache ist, dass sich aus der erreichten Punktezahl eine Reihenfolge ergibt, d.h. auch bei nur knappen Unterschieden ist die Reihenfolge klar und es gibt eigentlich keinen Spielraum bei der Entscheidung.

Stadtrat Seifermann bemerkt, dass man auch beim Bafög die Einkommenssteuer-/Lohnsteuerbescheide der letzten zwei Jahre vorlegen muss.

Über den Antrag von Stadtrat Nagel, das jährliche Durchschnittseinkommen in die Bewertung mit aufzunehmen, wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt den der Vorlage beigefügten Richtlinien zur Vergabe von Wohnbauplätzen und die darin enthaltenen Vergabekriterien zu.

Die Verwaltung wird beauftragt, diese „Bauplatzvergabe-Richtlinien mit Vergabekriterien zum Verkauf von Wohnbauplätzen“ ab sofort bei der Vergabe der jeweiligen öffentlich ausgeschriebenen städtischen Wohnbauplätze anzuwenden und dem Gemeinderat entsprechende Beschlussvorschläge vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis: 24 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung**

TOP 7: Verkaufsbedingungen für städtische Wohnbaugrundstücke im Baugebiet „Feuerwehrgerätehaus“ in Bühl-Balzhofen

Auf entsprechende Nachfrage von Stadträtin Dr. Burget-Behm antwortet Herr Bauer, Finanzen-Beteiligungen-Liegenschaften, dass sich 249 Interessenten auf diese 5 Bauplätze beworben haben.

Auf entsprechende Nachfrage von Stadträtin Becker antwortet Herr Bauer, dass es sich bei dem Kaufpreis nur um den Selbstkostenpreis handelt, d.h. die Stadt gibt die anfallenden Kosten weiter und erzielt natürlich keinen Gewinn.

Er erläutert auch den Unterschied zwischen dem Kaufpreis bei einem normalen Bauplatz in Gegensatz zu einem, der mit einem Doppelhaus bebaut werden kann.

Herr Übelin, Liegenschaften, ergänzt, dass sich die Bauplatzinteressenten beworben haben, ohne den Kaufpreis zu wissen, der ja erst heute Abend beschlossen und danach kommuniziert wird.

Die Stadträte Gretz und Nagel verlassen vorübergehend die Sitzung und nehmen an der Beschlussfassung über diesen und den nächsten Tagesordnungspunkt nicht teil.

Stadträtin Zick freut sich, dass die Bauplätze jetzt bald vergeben werden können.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der vorgeschlagenen Vorgehensweise zum Verkauf der Grundstücke im Baugebiet „Feuerwehrgerätehaus“ in Balzhofen zu.

Der Gemeinderat stimmt den Verwaltungsvorschlägen zu den im Sachverhalt beschriebenen Konditionen zu. Der Kaufpreis beträgt 225,00 €/m² Grundstücksfläche incl. Abwasserbeitrag und der abgelösten Erschließungsbeiträge bzw. 250,00 €/m² Grundstücksfläche bei einer Bebauung mit einem Doppelhaus. Die Wertminderungen für die mit den Leitungsrechten belasteten Grundstücksteilflächen betragen 10 % bzw. 20 %.

Die Verwaltung wird zur Vornahme aller weiteren Schritte hinsichtlich der Bauplatzverkäufe beauftragt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (23 Ja-Stimmen)

TOP 8: Erschließung Baugebiet „Rittersbachstraße“ in Bühl; - Vergabe der Straßenbau- und Kanalisationsarbeiten

Oberbürgermeister Schnurr geht kurz auf die Vorlage ein.

Beschluss:

Die Firma Ossola GmbH, Kappelrodeck-Waldulm, erhält den Auftrag für die Straßen- und Kanalisationsarbeiten für die Erschließung des Baugebiet Rittersbachstraße in Bühl, zum Angebotspreis in Höhe von brutto 284.305,54 €.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (23 Ja-Stimmen)

TOP 9: Brückensanierung 2020; - Vergabe der Brückenbauarbeiten Bauwerke 75, 132, 182

Oberbürgermeister Schnurr erklärt, dass man sich Gedanken über eine mögliche Aufhebung dieser Ausschreibung gemacht hat, sich jedoch auch aufgrund der eintretenden zeitlichen Verzögerung dagegen ausgesprochen hat.

Stadtrat Jacobs schlägt dagegen vor, diese Maßnahme zum Jahresende erneut auszusprechen, da man dann mehr Anbieter erwarten kann, als dies bei einer Ausschreibung in der Jahresmitte der Fall ist. Sicherlich wird dann auch der Preis günstiger sein.

Herr Schuchter, Tiefbau-Bauhof-Grünflächen, erwidert, dass bei einer erneuten Ausschreibung nicht nur die Gefahr besteht, dass die Preise noch höher werden, sondern vor allem auch, dass man die Zuschüsse verliert, weil man evtl. nicht rechtzeitig mit dem Bau im kommenden Mai beginnen kann.

Stadtrat Hirn schließt sich diesen Ausführungen an und ist der Meinung, dass man dem Beschlussvorschlag jetzt zustimmen sollte.

Stadtrat Prof. Dr. Ehinger ist der Meinung, dass man diese Maßnahme jetzt durchführen sollte, da sie dringlich ist und weitere Verzögerungen zu noch höheren Sanierungskosten führen könnten.

Beschluss:

Die Firma Massenberg GmbH, Bürstadt, erhält den Auftrag für die Brückensanierungen 2020 an (BW 75) kleines Sulzbächle, die Zufahrt zur Fa. Bosch in Bühl, an (BW 132) Brücke über die Bühlot in der Johannesstraße in Bühl und an (BW 182) Brücke über die Bühlot in der Winzerkellerstraße in Bühl - Altschweier, zum Angebotspreis in Höhe von brutto 475.706,51 €.

Der Gemeinderat stellt die zusätzlich benötigten Mittel im Nachtrag 2020 zur Verfügung.

**Abstimmungsergebnis: 21 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen,
keine Stimmenthaltungen**

TOP 10: Zuschüsse an sporttreibende Vereine im Jahr 2020

Stadtrat Woytal wirkt aufgrund Befangenheit bei der Beratung und Beschlussfassung über diesen Tagesordnungspunkt nicht mit.

Stadtrat Hirn spricht sich für die Vorlage aus.

Auch Stadtrat Prof. Dr. Moosheimer erklärt, dass die FW-Fraktion zustimmen wird. Es stellt sich evtl. sogar die Frage, ob angesichts der Corona-Situation diese Zuschüsse für die Vereine ausreichen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt folgende Barzuwendungen als Zuschüsse an sporttreibende Vereine für das Jahr 2020:

Verein	Zuschuss 2020
TV Bühl	32.438 €
TV Eisental	10.279 €
Gymnastikgruppe Moos	2.311 €
SV Kappelwindeck	16.690 €
VfB Bühl	14.930 €
SV Altschweier	5.454 €
SC Eisental	4.196 €
SV Neusatz	7.465 €
SV Vimbuch	12.919 €
SV Weitenung	8.141 €
Taekwon Do Schule Olymp Bühl	1.850 €
Bushido Bühl	886 €
Budozentrum Dokan Bühl	3.316 €
Schützenverein Kappelwindeck	802 €
Schützenverein Eisental	1.179 €
Schützenverein Neusatz	551 €
Tennisclub Vimbuch	1.556 €
TC Bühl	4.385 €

Reit- und Fahrverein „St. Leonhard“	2.688 €
Ski-Club Bühl	1.604 €
Ski-Club Immenstein Neusatz	844 €
Rennrodelclub "Weißer Blitz"	509 €
Langlaufzunft Burg Windeck	212 €
Radfahrer – Verein Jägerweg Kappelwindeck	212 €
Radfahrverein "Sturmvogel" Moos	304 €
Seglergemeinschaft Rheinmünster	212 €
Tauchsportverein Mittelbaden	212 €
Bühler Boule-Club	296 €
Sportkegelclub Rot-Weiß Bühl	212 €
Modellsportverein Bühl	212 €
Behindertensportverein	421 €
Frauengymnastik Altschweier	676 €
Turnier Tanz Club Bühl e.V.	254 €
Gleitschirmfreunde Bühlertal-Bühl	254 €
DRK-Seniorengymnastik	340 €
Altenwerk Altschweier (Gymnastik)	170 €
Senioren-gemeinschaft Vimbuch	170 €
Frauengemeinschaft Balzhofen (Gymnastik)	340 €
Tischtennisgemeinschaft Balzhofen	170 €
Frauengemeinschaft Oberbruch	170 €
Frauengemeinschaft Oberweier	170 €
Gesamt	140.000 €

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (24 Ja-Stimmen)

TOP 11: Annahme von Spenden und Zuwendungen an die Stadt Bühl von April bis Juni 2020

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt die in der Anlage zur Gemeinderatsvorlage einzeln aufgeführten Spenden / Zuwendungen gem. § 78 Abs. 4 GemO im Namen der Stadt Bühl an.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (25 Ja-Stimmen)

TOP 12: Berichte und Anfragen

Bekanntgaben des Oberbürgermeisters

Gemeinderat auf Rädern

Treffpunkt ist am Freitag, 24.07.2020 um 15 Uhr in der Bachschloss-Schule.

Vermeidung von Gewalt gegen Mandats- und Amtsträger

Zu diesem Projekt von Martin Gerstner fanden heute Fernsehaufnahmen im DOKAN und hier im Bürgerhaus Neuer Markt statt, welche im Rahmen der Sendung „Zur Sache Baden-Württemberg“ im SWR-Fernsehen ausgestrahlt werden. Es wurden auch einige Gemeinderatsmitglieder u.a. für Rollenspiele hinzugezogen.

Coronahilfen des Landes

Auf entsprechende Nachfrage von Stadtrat Löschner antworten Oberbürgermeister Schnurr und Herr Bauer, Finanzen-Beteiligungen-Liegenschaften, dass derzeit noch nicht bekannt ist, welche Summen auf die Stadt Bühl entfallen werden. Man wird den Gemeinderat umgehend informieren, sobald man etwas Genaueres weiß.

Graswuchs in der Robert-Koch-Straße

Auf entsprechende Nachfrage von Stadtrat Zeller antwortet Herr Eller, Stadtentwicklung-Bauen-Immobilien, dass die Wildkrautbürste zweimal im Jahr im Einsatz ist. Hier war sie bisher wohl erst einmal und das zweite Mal steht in der nächsten Zeit sicherlich an, so dass die Sache dann erledigt sein wird.

Brunnen in Balzhofen

Auf entsprechende Nachfrage von Stadträtin Becker antwortet Herr Eller, Stadtentwicklung-Bauen-Immobilien, dass sie umgehend Antwort erhält, wann dieser Brunnen bei der St.-Anna-Kapelle aufgebaut wird.

Zur Beglaubigung:

Der Oberbürgermeister:

Die Stadträte/innen:

Hubert Schnurr

Der Schriftführer:

Reinhard Renner